



Rede des Oberbürgermeisters Silvio Witt anlässlich der Pogromnacht

9. November 2019, 16 Uhr, Am Neuen Tor (innenstadtseitig)

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren,
liebe Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger,

wir haben in Neubrandenburg in diesem Jahr viel über Sicherheit diskutiert. Darüber, ob die Menschen in unserer Stadt Angst haben, nach Einbruch der Dunkelheit ihre Wohnung zu verlassen. Darüber, ob diese Angst begründet ist, ob wir uns wirklich vor Straftätern fürchten sollten oder ob vor allem reißerische Medienberichte Unsicherheiten schüren und unsere Stadt viel sicherer ist, als wir glauben.

Was in dieser Diskussion keine Rolle spielte, das waren unsere Kirchen. Ein Gottesdienst, egal ob in der Johanneskirche, der St. Michaelsgemeinde oder in der katholischen Kirche St. Lukas und St. Josef ist ein Platz des Friedens, das ist für uns selbstverständlich. Niemand würde auf die Idee kommen, dass dort Gefahren drohen.

Auch für die Menschen jüdischen Glaubens in Halle war dieser Frieden eines Gottesdienstes selbstverständlich. Bis vor genau einem Monat. Ein junger Mann zog mit Sprengstoff und selbstgebauten Waffen vor eine Synagoge, ein Haus des Glaubens, in der Absicht zu töten. Dass der Attentäter seinen tödlichen Plan mit 80 Opfern nicht umsetzen konnte, war ein großes Glück.

Wer sich mit den Hintergründen des Anschlags beschäftigt, ist wohl noch tiefer entsetzt als ohnehin schon durch den Tod der zwei zufälligen Opfer. Denn wir können nicht mehr die Augen davor verschließen, dass es Menschen unter uns gibt, die erfüllt sind von Hass, Hass nicht nur auf jüdische Menschen.

Extremisten, die den Juden einen perfiden Plan zur Weltherrschaft zuschreiben, Juden, die der Attentäter deshalb töten, vernichten, auslöschen wollte. Viele Worte, die dieser junge Mann in einem widerwärtigen, im Internet veröffentlichten Manifest verwendet, könnten direkt aus der antisemitischen Propaganda der Nationalsozialisten der 30er Jahre stammen.

Die Pogromnacht, an die wir heute erinnern, ist nun 81 Jahre her. Für uns ist das eine kaum fassbar lange Zeit.

Ein ganzes Menschenleben sind diese Jahre, seitdem in ganz Deutschland und auch in der Vier-Tore-Stadt jüdische Gotteshäuser brannten, Geschäfte geplündert und zerstört, Menschen verschleppt und ermordet wurden, das scheint uns allen weit, weit weg. Wenn in Studien, Zeitungen oder Fernsehberichten der vergangenen Jahre immer wieder von zunehmendem Antisemitismus die Rede war, haben wir oft geglaubt, so groß werde dieses Problem schon nicht sein.

Sicher auch deshalb, weil die Zahl der jüdischen Deutschen seit dem Holocaust gering geblieben ist.

Die Atmosphäre in unserer Welt hat sich in den vergangenen Jahren verändert.

Die Hoffnung, wir würden Konflikte untereinander besser lösen können, wir würden auf Dauer friedlich miteinander umgehen, scheint verfliegen. Auch wenn es in Europa über Jahrzehnte keine Kriege zwischen Staaten mehr gegeben hat, nimmt die Zahl extremistischer Gewalttaten zu. Utoya in Norwegen, Madrid, Paris, Berlin, die Namen dieser Orte und die Zahl der Opfer von Anschlägen haben sich in unser Gedächtnis gebrannt.

Die deutsche Geschichte, das Beispiellose des Holocaust und sein brutaler Auftakt in der Pogromnacht vor mehr als 80 Jahren, haben uns immer gemahnt, wachsam zu sein. Es war selbstverständlicher Konsens in der Gesellschaft, antisemitischen Hass nicht zuzulassen. Inzwischen haben wir erlebt, wie sich der Tonfall in öffentlichen Diskussionen verändert hat, wie aus Ärger Wut, aus Wut Hass geworden ist. Ein Politiker wie der hessische Regierungspräsident Walter Lübke wird von einem Rechtsextremisten erschossen.

Und das politische Klima im polnischen Gdansk hat sich in den letzten Jahren so verschärft, dass Stadtpräsident Pavel Adamowicz ebenfalls Opfer eines Attentats wurde. Morddrohungen gab es gegen Mike Mohring, Cem Özdemir und Claudia Roth.

Jetzt wollte ein Attentäter in eine Synagoge eindringen und tötet zwei Menschen.



Wir sind fassungslos angesichts solcher Gewalttaten. Doch viel zu oft gehen wir danach zur Tagesordnung über und tun wenig.

69 Prozent der Deutschen sagen aktuellen Umfragen zufolge, wir haben in unserem Land ein Antisemitismusproblem. Offenbar sind unter uns noch immer Vorurteile verwurzelt, die Missstände, Probleme und bestimmte negative Entwicklungen Menschen jüdischen Glaubens ankreiden. Darum haben wir uns viele Jahre wenig gekümmert. Nun hat sich dieser Antisemitismus so weit gesteigert, dass in einem jungen Mann der Plan zu einem Mordanschlag mit dutzenden Toten gereift ist.

Wir sollten uns hinterfragen, welche Verantwortung jeder von uns an einer solchen Entwicklung hat. Treten wir vermeintlich dummen Sprüchen im Alltag entgegen, positionieren wir uns dagegen? Ziehen wir klare Linien gegen Diskriminierung und Vorurteile?

Vielleicht genauso wichtig ist die Frage, wie führen wir unsere Diskussionen, wie handeln wir bei Differenzen und in Konflikten? Gehen wir respektvoll miteinander um? Was tun wir in unserem täglichen Leben dafür, dass wir miteinander offen debattieren, aber ohne Wut daraus hervorgehen?

Wann immer wir gedankenlos etwas dahinsagen oder im Internet veröffentlichen, wenn wir beschimpfen und beleidigen, dann verursachen wir keine Gewalttaten.

Aber wir erzeugen ein gesellschaftliches Klima, in dem Hass auf Menschen Nahrung findet.

Wir sind weit entfernt von 1938. Die Gewalt, die sich am 9. November gegen jüdische Frauen und Männer richtete, war in großen Teilen gezielt gelenkt, vorbereitet und angeordnet. Unter den Tätern waren aber auch normale Bürger, die bereit waren, ihren Vorurteilen und Wutgefühlen freie Bahn zu lassen.

Wer die heutigen Bilder von Demonstrationen gegen Flüchtlinge oder die Politik der Bundesregierung sieht, bekommt das Gefühl, dass die Bereitschaft zu solchen Taten nicht so weit entfernt von unserer Gesellschaft ist, wie wir das gehofft haben.

Nicht weit von diesem Ort, an dem wir stehen, wurde eine jüdische Familie unter Druck gesetzt, ihr Geschäft zu verkaufen. Eine Neubrandenburger Familie hat von diesem Unrecht profitiert.

Egal wie lange Ereignisse wie die Novemberpogrome zurückliegen, vergessen können und dürfen sie nicht werden. Gedenkkarte erinnern uns daran. Sie können uns aber nicht dabei helfen, die Konsequenzen aus diesen Erinnerungen zu ziehen und bessere Entscheidungen zu treffen. Diese Verantwortung liegt bei jedem von uns.